



EAK
EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
UND FRIEDEN

PROTESTANT ASSOCIATION
FOR CONSCIENTIOUS OBJECTION AND PEACE



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

Gemeinsame Erklärung der Vorstände der EAK und der AGDF:

Friedensbildung für Kinder und Jugendliche stärken

Die Vorstände der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) fordern eine Stärkung der friedenspolitischen Bildung und kritisieren die Werbung der Bundeswehr bei Kindern und Jugendlichen.

Anlässlich des neuen Schuljahres weisen sie darauf hin, dass Frieden explizit Bestandteil des Schulunterrichtes sein muss. Die derzeitigen kriegerischen Konflikte beschäftigen Schülerinnen und Schüler. Die Vorstände von EAK und AGDF fordern, dass in der Auseinandersetzung mit den Krisen in Schulen und in der außerschulischen Jugendarbeit insbesondere Möglichkeiten der gewaltfreien Konfliktbearbeitung aufgezeigt werden.

Die Anwendung von Gewalt ist vielfach Normalität – ob in Konflikten in der Welt oder in unserer Gesellschaft. Möglichkeiten gewaltfreien Handelns sind weniger gut bekannt, werden ignoriert oder es fehlt an „Übung“. Das wäre aber notwendig zu einer Gewissensbildung.

Jugendoffiziere in Uniform vermitteln in Schulen eine Normalität von militärischen Interventionen. Die Vorstände von AGDF und EAK fordern, dass Friedensbildung in der Verantwortung der Pädagoginnen und Pädagogen bleibt. Dabei sollten auch Tragweite und Konsequenzen der Entscheidung für den Soldatenberuf und den Einsatz von Waffen zur Sprache kommen.

Bei einem Werbeetat von mittlerweile 30 Mio. Euro im Jahr versucht die Bundeswehr mit Camps, Sportwettbewerben, Artikeln in Jugendzeitschriften und durch Einladungen von Gruppen in Kasernen bei jungen Menschen Abenteuerlust und Technikbegeisterung zu wecken. Karrieretrucks werben im direkten Umfeld von Schulen mit attraktiven Ausbildungsmöglichkeiten und „sicheren Arbeitsplätzen“.

Wie auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes kritisieren die Vorstände von EAK und AGDF Werbekampagnen, die speziell auf Kinder ausgerichtet sind, und die Präsenz von Bundeswehrsoldaten an Schulen. Sie fordern die Bundesregierung auf, auf die Rekrutierung von Minderjährigen zu verzichten.

Hannover, den 10. September 2014